

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50 - III/30

Verantwortliche/r:
Sozialamt/Rechtsamt

Vorlagennummer:
30/112/2019

Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.09.2019	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Sozialbeirat	25.09.2019	Ö	Empfehlung	einstimmig angenommen
Sozial- und Gesundheitsausschuss	25.09.2019	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Stadtrat	26.09.2019	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen der Stadt Erlangen (Entwurf vom 09.08.2019, Anlage 1) wird hiermit beschlossen.

II. Begründung

1. Ausgangslage:

Zur Behebung von Wohnungsnotfällen unterhält die Stadt Erlangen städtische Verfügungswohnungen, die als öffentliche Einrichtungen betrieben werden. Nach der Gebührensatzung zur Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen sind hierfür Benutzungsgebühren sowie Gebühren zur Abgeltung der Nebenkosten und Heizkosten zu entrichten.

Werden diese Gebühren nicht bezahlt, kann die Zuweisungsverfügung zu einer Obdachlosenunterkunft (Verfügungswohnung) widerrufen werden. In der derzeit gültigen Fassung der Satzung der Stadt Erlangen existiert keine Regelung über die Höhe der Gebührenrückstände, die zu einem Widerruf berechtigen.

In einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren, das den Widerruf der Zuweisungsverfügung zum Gegenstand hatte, hat das Verwaltungsgericht Ansbach im Mai 2019 Bedenken gegen diese Regelung in der städtischen Satzung geäußert und angeregt, die Satzung der Stadt Erlangen an die Satzung der Stadt München anzupassen und die vergleichbaren Regelungen aus dem Mietrecht zu übernehmen. Nach dem Mietrecht ist eine außerordentliche Kündigung des Mietverhältnisses durch den Vermieter erst möglich, wenn der Mieter mit zwei Monatsmieten im Rückstand ist.

Eine Anmahnung der ausstehenden Benutzungsgebühren ist dann nicht erforderlich.

2. Neuregelung:

§ 15 Abs. 1 Buchstabe e):

Um Bewohner*innen von Verfügungswohnungen rechtlich nicht schlechter zu stellen als reguläre Mieter*innen, wird die Satzung so geändert, dass ein Widerruf der Zuweisung erst möglich ist, wenn entweder zwei Gebühren hintereinander nicht gezahlt werden oder insgesamt ein Rückstand vorliegt, der zwei Monatsgebühren erreicht.

Dies entspricht der Regelung in § 543 Abs. 2 Nr. 3 BGB.

Eine zugegangene Mahnung der ausstehenden Benutzungsgebühren ist nach den Ausführungen

des Verwaltungsgerichts Ansbach dann für den Widerruf nicht erforderlich. Die eingewiesenen Personen haben im Rahmen der dem Widerruf vorausgehenden Anhörung Gelegenheit sich zum Sachverhalt zu äußern.

In Anlage 2 sind in einer synoptischen Darstellung die bisherige und neue Fassung der Satzung gegenübergestellt.

Aufgrund der Dringlichkeit des Vorliegens einer rechtmäßigen Satzung und des zeitlichen Ablaufs der Sitzungen wird der HFPA (als für das Stadtrecht zuständiger Ausschuss) vor dem Fachausschuss mit der Begutachtung befasst.

Anlagen: Anlage 1: Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen vom 08.08.2019
Anlage 2: Synoptische Darstellung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 18.09.2019

Protokollvermerk:

Herr StR Winkler regt an, dass vor eine Kündigung gemahnt werden soll. Der Vorsitzende OBM Dr. Janik erklärt, dass vorher sogar mehrmals gemahnt wird, aber in manchen Fällen eine Kündigung notwendig ist.

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen der Stadt Erlangen (Entwurf vom 09.08.2019, Anlage 1) wird hiermit beschlossen.

mit 14 gegen 0 Stimmen

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Friedel
Schriftführer/in

Beratung im Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss am 25.09.2019

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen der Stadt Erlangen (Entwurf vom 09.08.2019, Anlage 1) wird hiermit beschlossen.

mit 11 gegen 0

Dr. Preuß
Vorsitzende

Hebling
Schriftführerin

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen der Stadt Erlangen (Entwurf vom 09.08.2019, Anlage 1) wird hiermit beschlossen.

mit 8 gegen 0

Dr. Preuß
Vorsitzende

Hebling
Schriftführerin

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Verfügungswohnungen der Stadt Erlangen (Entwurf vom 09.08.2019, Anlage 1) wird hiermit beschlossen.

mit 44 gegen 0 Stimmen

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Friedel
Schriftführer/in

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang